



Europäische  
Kommission

STANDARD EUROBAROMETER 100

# Die öffentliche Meinung in der EU

**Länderbericht: ÖSTERREICH**

Erhebungszeitraum: Oktober – November  
2023



Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Autor: Daniel Schönherr

Dieses Dokument gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die des Autors.

|   |  |
|---|--|
| <b>Titel der Studie</b>   | Standard Eurobarometer 100 – Herbst 2023 |
| Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Länderbericht Österreich |  |
| <b>Sprache</b>  | DE                                       |
| <b>Media/Volume</b>   | PDF/Volume_01                            |
| <b>Katalognummer</b>  | NA-AO-23-069-DE-N                        |
| <b>ISBN</b>   | 978-92-68-10110-0                        |
| <b>ISSN</b>   | 1977-3927                                |
| <b>DOI</b>  | 10.2775/893444                           |

© European Union, 2023

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Photo credit: Getty Images

# Inhaltsverzeichnis

---

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Einleitung</b>  | <b>4</b>  |
| <b>Hauptergebnisse</b>                                   | <b>6</b>  |
| <b>I. Einschätzung der aktuellen Lage</b>                | <b>8</b>  |
| Die dringlichsten Sorgen der Menschen                    | 9         |
| Vertrauen in Demokratie und Politik                      | 10        |
| Sicht auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine | 11        |
| <b>II. Österreich und die EU</b>                         | <b>12</b> |
| Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl                    | 13        |
| Einschätzung der EU und der Mitgliedschaft               | 14        |
| Zukunft der EU und Information                           | 15        |



# Einleitung

Im September 1973 wurde die erste offizielle Eurobarometer-Umfrage in den damals neun Mitgliedstaaten (u.a. Frankreich, (West-)Deutschland, Italien, Luxemburg, Irland und Großbritannien) durchgeführt. Das Eurobarometer-Programm wurde von Jacques-René Rabier, dem damaligen Leiter der Direktion „Presse und Information“ der Europäischen Kommission, ins Leben gerufen und lange Jahre geleitet. In einem Interview aus dem Jahr 2003 erinnert sich Rabier: „*Es ging nicht nur darum, die öffentliche Meinung in Europa kennenzulernen, sondern auch darum, dieser Meinung zu eröffnen, was die Bürgerinnen und Bürger dieses oder jenes anderen Landes über dieselben Themen dachten.*“ Die Eurobarometer-Umfragen sollten auf diese Weise auch dazu beitragen, „*die Europäer einander vorzustellen*“.<sup>1</sup>

Seit 50 Jahren erhebt die Europäische Kommission die Stimmungslage und öffentliche Meinung in der europäischen Bevölkerung. Zwei Mal jährlich werden in den sogenannten „Standard Eurobarometer“-Umfragen Einstellungen, Präferenzen und aktuelle Einschätzungen der europäischen Bevölkerung in persönlichen Interviews erhoben. Die Kernfragen des Eurobarometers zielen auf das Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union, der europäischen Politik und den zentralen europäischen Institutionen ab. Die auf Basis standardisierter Fragestellungen gewonnenen Daten erlauben dabei nicht nur Länder-, sondern auch Zeitvergleiche über Jahrzehnte hinweg.

Die Eurobarometer-Umfragen sind heute nicht nur eine wertvolle öffentliche Datenquelle, sondern auch Gegenstand laufender Forschungsarbeiten. Kritischer Einwand begleitete die Eurobarometer-Umfragen von Beginn an. Auftraggeberin des Eurobarometers ist die Europäische Kommission, was eine zumindest teilweise Übereinstimmung von Forschungsgegenstand und -objekt hinterfragenswert erscheinen lässt, so Kritikerinnen und Kritiker<sup>2</sup>. Hinzu kommen methodische Bedenken: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weisen zum Beispiel darauf hin, dass beim Eurobarometer nicht in jeder Erhebungswelle dieselben Personen befragt werden und es damit nicht die statistischen Voraussetzungen für Zeitvergleiche erfülle.<sup>3</sup> Hinzu kommt Kritik an den Fragestellungen selbst, etwa wenn es um die Transparenz und Veröffentlichung sämtlicher Fragen aus dem Fragebogen geht.<sup>4</sup>

Österreich nimmt seit dem Frühjahr 1995 an den Eurobarometer-Umfragen teil. Damals hielten 39 % der Österreicherinnen und Österreicher die EU-Mitgliedschaft für eine „gute Sache“, 31 % waren sich unsicher und 18 % bezeichneten die EU-Mitgliedschaft als eine „schlechte Sache“. Seit 1995 wurden Menschen in Österreich mittlerweile 58 Mal im Rahmen der „Standard-

Eurobarometer Umfragen“ zu ihren Einstellungen gegenüber der EU befragt.

Der vorliegende Länderbericht präsentiert die zentralen Ergebnisse der 100. Eurobarometer-Befragung, die zwischen 23. Oktober und 17. November 2023 durchgeführt wurde. 1.005 Personen ab 15 Jahren in Österreich und 26.471 in den EU27-Mitgliedstaaten wurden dafür befragt. Die Interviews fanden persönlich im Haushalt der Befragten statt.

Innenpolitisch standen während der Erhebungsphase u. a. die anhaltend hohe Inflation, die Kollektivvertragsverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern sowie die Frage, wie sich Österreichs Wirtschaft 2023 und 2024 entwickeln wird, im Fokus der Aufmerksamkeit. Außenpolitisch dominierten der Terrorüberfall der palästinensischen Hamas auf Israel sowie Israels militärische Reaktion auf diesen Terrorangriff die Nachrichten. Zudem dauert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine an. Österreich unterstützt weiterhin die Sanktionen, welche die EU infolge der russischen Aggression verhängt hat, und bleibt gleichzeitig der militärischen Neutralität verpflichtet, die es 1955 angenommen hat. Dementsprechend unterstützt die österreichische Regierung die Ukraine mit humanitärer und finanzieller Hilfe, liefert aber keine Waffen.

Die folgenden Ergebnisse geben Einblick in die Stimmung der Menschen in Österreich und den anderen 26 Mitgliedstaaten der EU im Herbst 2023 und liefern zudem eine Einschätzung der zeitlichen Entwicklung seit der letzten Standard-Befragung im Juni 2023.

<sup>1</sup> Zitiert und übersetzt nach: Sternberg, C (2016): Public opinion in the EU institutions discourses on EU legitimacy from the beginnings of integration to today. *Politique Européenne*, 54 (4) pp. 24-56

<sup>2</sup> Höpner, M; Jurczyk, B (2015) : How the Eurobarometer blurs the Line between research and propaganda, MPIfG Discussion Paper, No. 15/6, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

<sup>3</sup> Nissen, S (2014): The Eurobarometer and the Process of European Integration: Methodological Foundations and Weaknesses of the Largest European Survey. In: *Quality and Quantity* 48(2), 713–727.

<sup>4</sup> Signorelli, S (2012): The EU and Public Opinions: A Love–Hate Relationship? *Notre Europe Studies and Reports* 93. Paris: Jacques Delors Institute.



# Hauptergebnisse

## Inflation bleibt Hauptsorge der Menschen

- Für rund die Hälfte der Menschen in Österreich (49 %, +1 Pp. gegenüber Juni 2023) und 57 % (+1 Pp.) der Europäerinnen und Europäer waren die steigenden Preise im Herbst 2023 das größte und dringlichste persönliche Problem. Auch für Österreich sehen 49 % (-12 Pp.) der Befragten die steigenden Preise als dringendstes Problem an.
- Immer mehr Menschen in Österreich und Europa (24 % in Österreich, +3 Pp.; EU27: 20 %, +6 Pp.) nennen mittlerweile Einwanderung als weiteres dringendes Problem auf nationaler Ebene.
- Gegenüber Juni 2023 hat sich der Anteil der Befragten in Österreich, die die internationale Situation als dringendes Problem auch für Österreich ansehen, verdoppelt (13 %, +7 Pp.; EU27: 11 %, +2 Pp.).

## Einschätzung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine

- Mehr als eineinhalb Jahre nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine halten zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher den Krieg weiterhin für eine Bedrohung der Sicherheit der EU (66 %, +3 Pp.).
- Die Mehrheit der Menschen in Österreich zeigt sich mit den von der EU getroffenen Maßnahmen nach wie vor einverstanden: Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland unterstützen 62 % (+7 Pp.) (EU27: 72 %, +/0 Pp.), ein EU-weites Sendeverbot für staatliche russische Medien wie ‚Sputnik‘ und ‚Russia Today‘ befürworten 66 % (+3 Pp.) (EU27: 66 %, +/0 Pp.). Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Menschen in der Ukraine, die vom Krieg betroffen sind, befürworten 83 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) (EU27: 89 %, +1 Pp.), die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine 78 % (+5 Pp.) (EU27: 84 %, -2 Pp.).
- Eine knappe Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher befürwortet zudem die Gewährung des Bewerberstatus als potenzielles EU-Mitglied für die Ukraine (51 %, +4 Pp.), im EU27-Schnitt sind es 61 % (-3 Pp.).

## Österreich ein Jahr vor der Nationalratswahl

- Rund ein Jahr vor der nächsten geplanten Nationalratswahl haben 37 % der Befragten in Österreich das Gefühl, die Dinge in ihrem Land entwickeln sich in die richtige Richtung (+3 Pp.), 45 % der Bürger und

Bürgerinnen (-5 Pp.) haben hingegen das Gefühl, dass sich die Dinge in Österreich in die falsche Richtung entwickeln.

- 61 % (-2 Pp.) der Befragten in Österreich sind mit der Demokratie im Land zufrieden. Menschen ohne Matura (43 %), Arbeiterinnen und Arbeiter (49 %) und Menschen, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen (43 %), sind am wenigsten zufrieden mit der Demokratie in Österreich und haben gleichzeitig am seltensten das Gefühl, dass ihre Stimme in Österreich gehört werde.
- 47 % der Befragten in Österreich gaben im Herbst 2023 an, der aktuellen Regierung zu vertrauen (+9 Pp.). Dem Parlament vertrauen 54 % der Befragten in Österreich (+8 Pp.).

## Europawahl am 9. Juni 2024: Einstellungen der Österreicherinnen und Österreicher zur EU

- Dass die Dinge in der EU derzeit in die richtige Richtung gehen, meinen 32 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) und 33 % im EU27-Schnitt (-3 Pp.). Dass die Dinge in der EU sich hingegen in eine falsche Richtung entwickeln, denken 48 % der Österreicherinnen und Österreicher (-3 Pp.) und 51 % der Befragten in der EU (+3 Pp.).
- Mit der Demokratie in der EU sind 50 % (+/-0 Pp.) der Menschen in Österreich zufrieden (EU27: 54 %, -2 Pp.).
- 55 % (+5 Pp.) der Befragten in Österreich fühlen sich rund 9 Monate vor der nächsten Europawahl gut informiert über europäische Angelegenheiten, 43 % (-6 Pp.) fühlen sich hingegen noch nicht gut informiert. Im EU27-Schnitt fühlen sich 46 % (+3 Pp.) gut informiert.

## Image der EU

- 38 % (+3 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, ebenfalls 38 % (+4 Pp.) ein neutrales und 24 % (-6 Pp.) ein negatives.
- Rund die Hälfte der Menschen in Österreich fühlt sich der Europäischen Union verbunden (54 %, +7 Pp.), im EU27-Schnitt sind es 59 % (+1 Pp.). Europa insgesamt fühlen sich etwas mehr als zwei Drittel der Menschen in Österreich verbunden (68 %, +2 Pp.) und damit ca. genauso viele wie im EU27-Schnitt (66 %, +/0 Pp.).
- 72 % der Befragten in Österreich empfinden sich als Bürgerin oder Bürger der EU (+3 Pp.) (EU27: 72 %, +/0 Pp.).



# I. Einschätzung der aktuellen Lage

## Die dringlichsten Sorgen der Menschen

85 % der Menschen in Österreich (-2 Pp.) und 84 % im EU27-Schnitt (-1 Pp.) sind mit dem Leben, das sie führen, insgesamt zufrieden. In der Liste der zufriedensten Länder liegt Österreich mit Ländern wie Deutschland, Belgien oder Frankreich im Mittelfeld. Am zufriedensten mit ihrem Leben sind die Menschen in Dänemark (97 %), Irland (96 %) und Schweden (96 %).

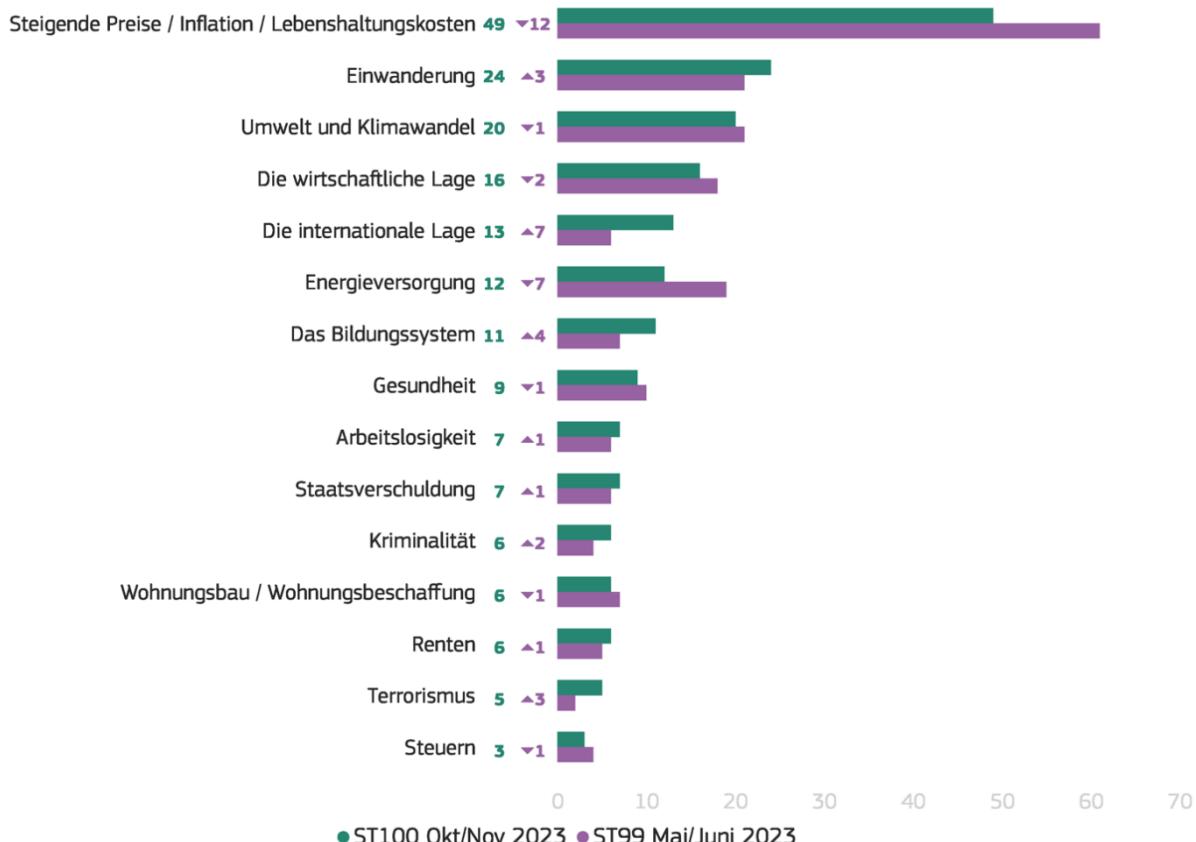
65 % (+5 Pp.) der Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass sich ihr Leben in die richtige Richtung entwickelt (EU27: 69 %, +/-0 Pp.), ein Fünftel (20 %, -5 Pp.; EU27: 20 %, +/-0 Pp.) hingegen befürchtet, ihr Leben verläuft in die falsche Richtung.

62 % (+3 Pp.) der Befragten in Österreich würden die Lage in Österreich derzeit als gut bezeichnen. Im EU27-Schnitt sagen dies nur 42 % (-2 Pp.) für ihr eigenes Land. 54 % (+3 Pp.) der österreichischen Befragten bezeichnen die Situation der heimischen Wirtschaft als gut (EU27: 35 %, -5 Pp.), 56 % (+7 Pp.) den heimischen Arbeitsmarkt (EU27: 43 %, -3 Pp.) und 72 % (+8 Pp.) die eigene berufliche Situation (EU27: 62 %, +1 Pp.).

Die steigenden Preise, Lebenshaltungskosten bzw. die Inflation waren zum Zeitpunkt der Umfrage im Herbst 2023 jedoch im Leben der Menschen nach wie vor die dringendsten persönlichen Probleme für 49 % der Befragten in Österreich, um 5 Pp. weniger als noch im Juni 2023. Im EU27-Schnitt sagen 57 %, dass die steigenden Preise für sie das dringlichste persönliche Problem seien (+1 Pp.). Zusätzlich sagen 20 % (-1 Pp.) der Befragten in Österreich und 14 % (+/-0 Pp.) im EU27-Schnitt, dass die finanzielle Situation ihres Haushaltes ihr derzeit dringendstes persönliches Problem sei.

Vor welchen Herausforderungen steht das Land nach Ansicht der Befragten? Auch für das Land Österreich sehen 49 % der Befragten die steigenden Preise als dringendstes Problem an. Dieser Anteil ist seit Juni 2023 jedoch um 12 Pp. gesunken. Im EU27-Schnitt nennen 44 % (-1 Pp.) die Inflation als dringendstes Problem ihres Landes. 24 % (+3 Pp.; EU27: 20 %, +6 Pp.) der Befragten in Österreich nennen mittlerweile Einwanderung als weiteres dringendes Problem auf nationaler Ebene, 20 % (-1 Pp.; EU27: 13%, -3 Pp.) die Umwelt und den Klimawandel und 16 % (-2 Pp.; EU27: 18 %, +/-0 Pp.) die wirtschaftliche Situation des Landes. Gegenüber Juni 2023 hat sich der Anteil der Befragten in Österreich, die die internationale Situation als dringendes Problem auch für Österreich ansehen, verdoppelt (13 %, +7 Pp.; EU27: 11 %, +2 Pp.).

### QA3. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (AT) (%)



## Vertrauen in Demokratie und Politik

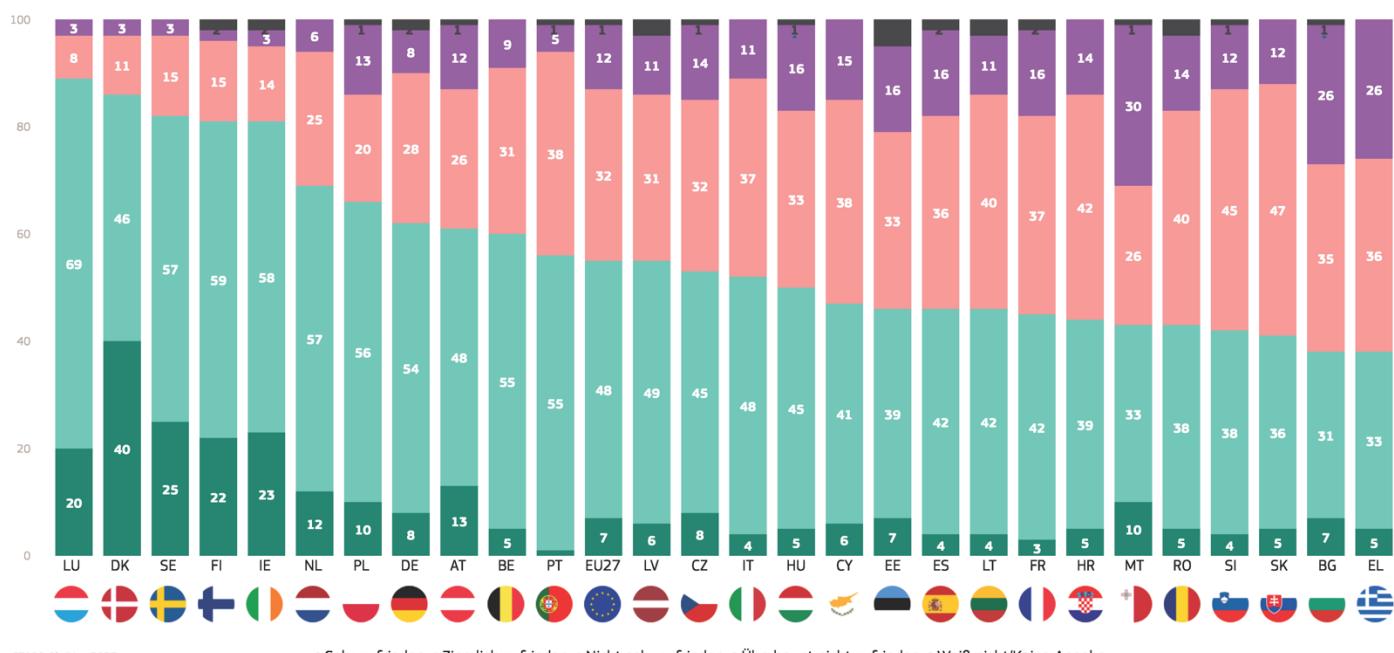
Rund ein Jahr vor den nächsten geplanten Nationalratswahlen haben 37 % der Befragten in Österreich das Gefühl, die Dinge in ihrem Land entwickeln sich in die richtige Richtung (+3 Pp.), 45 % der Bürger und Bürgerinnen (-5 Pp.) haben hingegen das Gefühl, dass sich die Dinge in Österreich in die falsche Richtung bewegen. Im EU-Schnitt glauben 61 % (+2 Pp.), dass die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung laufen. Am pessimistischsten sehen die Menschen in der Slowakei (78 %), in Kroatien (74 %), in Schweden (73 %) und in Frankreich (72 %) die Lage in ihrem Land. Im Vereinigten Königreich, das auch nach dem Brexit weiterhin Teil der Eurobarometer-Erhebungen ist, sind 73 % (+5 Pp.) der Ansicht, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln.

61 % (-2 Pp.) der Befragten in Österreich sind mit der Demokratie im Land zufrieden. Im EU27-Schnitt trifft das auf 55 % (-1 Pp.) zu. Menschen ohne Matura (43 %), Arbeiterinnen und Arbeiter (49 %) und Menschen, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen (43 %), sind am wenigsten zufrieden mit der Demokratie in Österreich und haben gleichzeitig am seltensten das Gefühl, dass ihre Stimme in Österreich gehört wird. Im Schnitt glauben 73 % (+2 Pp.) der Menschen hierzulande, dass ihre Stimme im Land zählt. Im EU27-Schnitt sind es 59 % (+2 Pp.).

47 % der Befragten in Österreich geben an, der aktuellen Regierung zu vertrauen (+9 Pp.). Im EU27-Schnitt vertrauen 36 % (+4 Pp.) der Befragten ihrer jeweiligen Regierung. Dem Parlament vertrauen 54 % der Befragten in Österreich (+8 Pp.) und 39 % im EU27-Schnitt (+6 Pp.). In die Medien haben in Österreich 56 % (+8 Pp.) und im EU-Schnitt 39 % (+3 Pp.) der Menschen Vertrauen. Der Europäischen Union vertrauen 46 % der Menschen in Österreich (+3 Pp.) und 47 % im EU27-Schnitt (+/-0 Pp.). Den Vereinten Nationen vertrauen 48 % der Befragten in Österreich (+2 Pp.) und 47 % im EU27-Schnitt (-2 Pp.), der NATO 41 % (+2 Pp.) in Österreich und 49 % (-1 Pp.) im EU27-Schnitt.

23 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich sagen, sie unterhalten sich häufig mit Bekannten oder Verwandten über nationale politische Angelegenheiten (EU27: 25 %, +1 Pp.). 20 % (+3 Pp.) besprechen häufig lokale politische Nachrichten (EU27: 21 %, +1 Pp.) und 15 % (+2 Pp.) diskutieren zudem häufig europapolitische Angelegenheiten (EU27: 15 %, +/-0 Pp.).

SD18a. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (UNSEREM LAND) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden? (%)



ST100 Okt/Nov 2023

● Sehr zufrieden ● Ziemlich zufrieden ● Nicht sehr zufrieden ● Überhaupt nicht zufrieden ● Weiß nicht/Keine Angabe

## Sicht auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Mehr als eineinhalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 halten zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher den Krieg weiterhin für eine Bedrohung der Sicherheit der EU (66 %, +3 Pp.). Im EU27-Schnitt ist diese Einschätzung seit Sommer 2023 deutlich zurückgegangen (63 %, -16 Pp.). Dass der russische Angriffskrieg auch eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellt, glauben in Österreich 61 % der Menschen (+8 Pp.) und im EU27-Schnitt 73 % (-2 Pp.).

Insgesamt sind 49 % der Befragten in Österreich sehr oder ziemlich zufrieden mit der Reaktion der heimischen Politik auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine (+7 Pp.). Im EU27-Schnitt sind 54 % der Bürgerinnen und Bürger mit der Reaktion ihres eigenen Landes zufrieden (+/- 0 Pp.). Mit der Reaktion der Europäischen Union sind 50 % (+7 Pp.) der Menschen in Österreich und 57 % (+1 Pp.) im EU27-Schnitt zufrieden.

In Österreich zeigt sich die Mehrheit mit den von der EU getroffenen Maßnahmen einverstanden: Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland unterstützen 62 % (+7 Pp.) (EU27: 72 %, +/- 0 Pp.), ein EU-weites Sendeverbot für staatliche russische Medien wie „Sputnik“ und „Russia Today“ („RT“) befürworten 66 % (+3 Pp.) (EU27: 66 %, +/- 0 Pp.). Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für vom Krieg betroffene Menschen in der Ukraine befürworten 83 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) (EU27: 89 %, +1 Pp.), die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine 78 % (+5 Pp.) (EU27: 84 %, -2 Pp.). Auch die Bereitstellung finanzieller Unterstützung für die Ukraine wird von 65 % der Menschen in Österreich unterstützt (+7 Pp.) (EU27: 72 %, -3 Pp.).

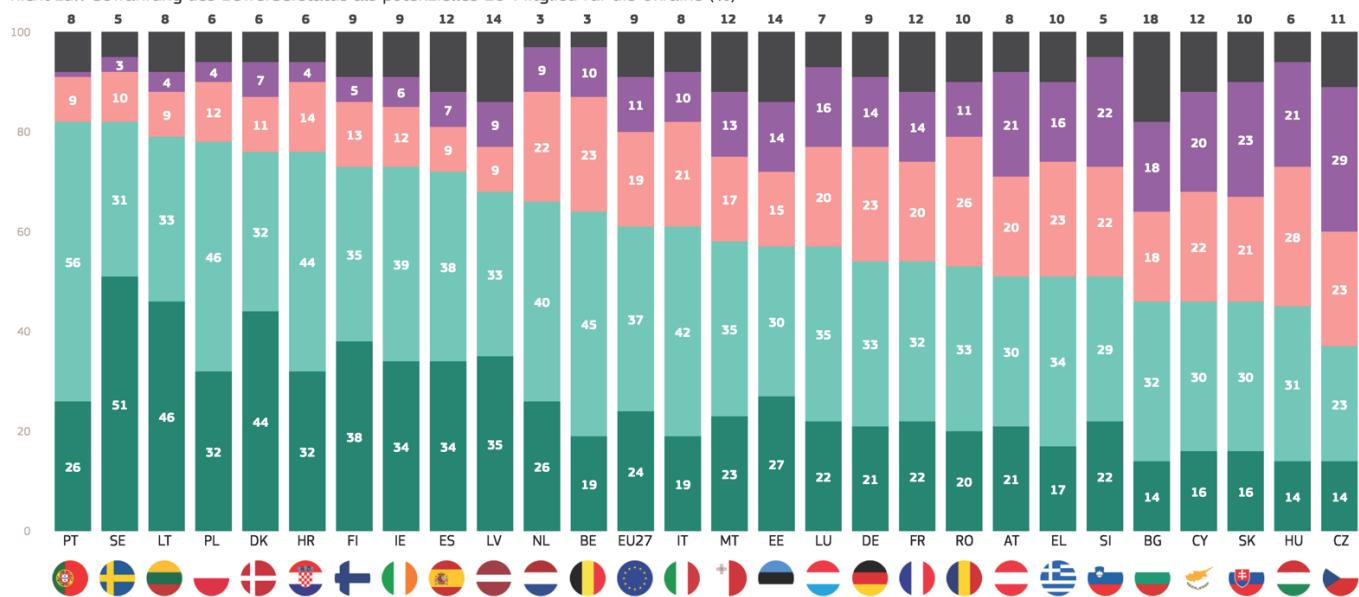
Lediglich in einem Punkt zeigen sich die Befragten in Österreich seit Beginn des russischen Angriffskrieges skeptisch: Mit 43 % (+3 Pp.) spricht sich weniger als die Hälfte für die Finanzierung des Kaufs und der Lieferung von militärischer Ausrüstung für/an die Ukraine aus. 53 % (-3 Pp.) lehnen diese ab. Im EU27-Schnitt befürworten 60 % (-4 Pp.) die Unterstützung der Ukraine mittels Kauf und Lieferung von militärischer Ausrüstung, 34 % (+3 Pp.) sind dagegen.

Eine knappe Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher befürwortet die Gewährung des EU-Kandidatenstatus für die Ukraine (51 %, +4 Pp.), im EU27-Schnitt sind es 61 % (-3 Pp.).

Die EU sollte ihre Abhängigkeit von russischen Energiequellen so schnell wie möglich verringern, finden 80 % (+6 Pp.) der Befragten in Österreich bzw. 81 % (-1 Pp.) in den EU27-Mitgliedstaaten. 78 % (+3 Pp.) in Österreich und 83 % (-2 Pp.) EU-weit befürworten daher, dass die EU massiv in erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie investieren sollte. Dass erneuerbare Energien langfristig die Energiepreise begrenzen, meinen 74 % (+5 Pp.) der Menschen in Österreich und 78 % (-1 Pp.) der EU-Bürgerinnen und Bürger. In diesem Zusammenhang befürworten 76 % (+3 Pp.) der Österreicherinnen und Österreicher, dass die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Energie aus anderen Ländern beziehen sollten, um bessere Preise zu erhalten (EU27: 80 %, +/- 0 Pp.).

Dass die EU durch den Widerstand gegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine europäische Werte verteidigt, glauben zwei Drittel der Menschen in Österreich (66 %, +7 Pp.) und drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Europa (75 %, +/- 0 Pp.). 69 % (+5 Pp.) der Befragten in Österreich und 79 % (-1 Pp.) im EU27-Schnitt meinen, dass die Zusammenarbeit auf EU-Ebene bei Verteidigungsfragen verstärkt werden sollte.

QD2.7. Die EU hat als Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Inwieweit stimmen Sie jeder dieser Maßnahmen zu oder nicht zu?: Gewährung des Bewerberstatus als potenzielles EU-Mitglied für die Ukraine (%)





## II. Österreich und die EU

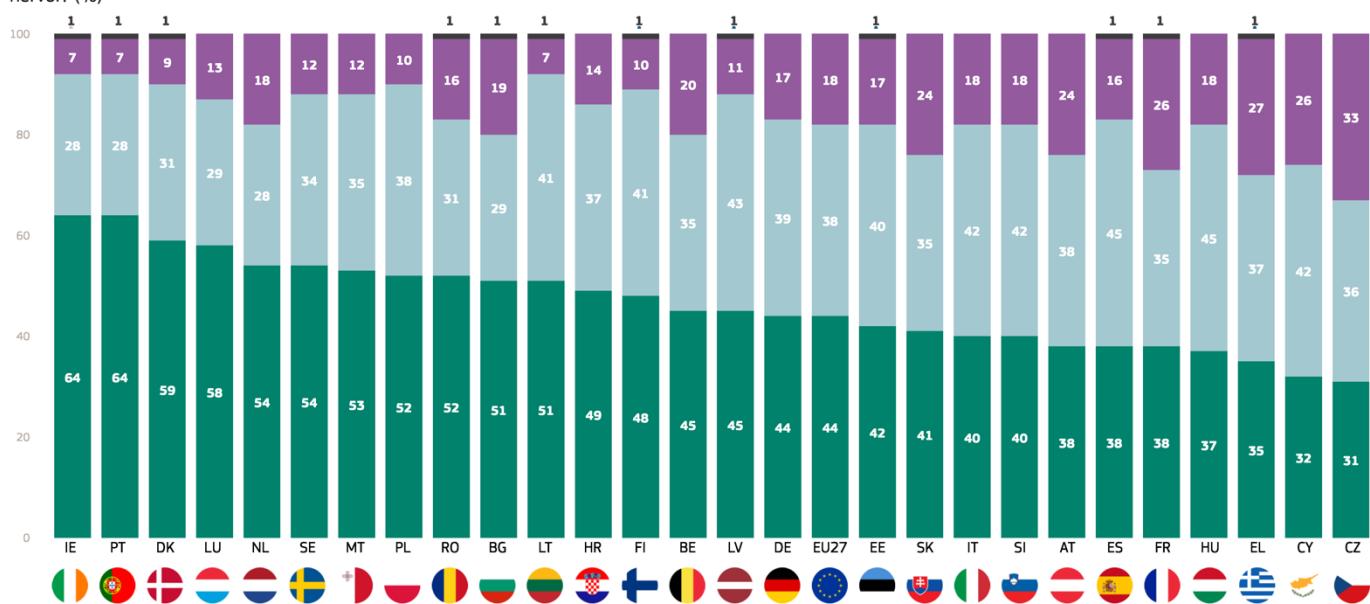
## Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl

38 % (+3 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, ebenfalls 38 % (+4 Pp.) ein neutrales und 24 % (-6 Pp.) ein negatives. Damit hat sich das Image der EU in Österreich zwar gebessert, der Anteil der Menschen, die ein positives Bild haben, ist aber nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt. Im EU27-Schnitt haben 44 % (-1 Pp.) der Europäerinnen und Europäer ein positives Image von der EU, 18 % (+/-0 Pp.) ein negatives.

Die erste Assoziation der Österreicherinnen und Österreicher mit der EU ist die Freiheit, überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten (58 %, -5 Pp.; EU27: 50 %, -2 Pp.). An zweiter Stelle rangiert der Euro als Währung der EU (52 %, -8 Pp.; EU27: 32 %, -2 Pp.). 37 % der Befragten in Österreich verbinden mit der EU Frieden (-3 Pp.; EU27: 30 %, -2 Pp.). Überdurchschnittlich hoch liegen in Österreich die Assoziationen „Geldverschwendungen“ (37 %, -3 Pp.; EU27: 19 %, -2 Pp.), „Bürokratie“ (33 %, -2 Pp.; EU27: 22 %, -1 Pp.) sowie „Verlust der kulturellen Identität“ (31 %, -1 Pp.; EU27: 12 %, -1 Pp.). Dennoch: 70 % (+9 Pp.) der Menschen in Österreich stimmen zu, dass die EU ein Raum der Stabilität in einer unruhigen Welt ist (EU27: 70 %, +1 Pp.).

Mehr als die Hälfte der Menschen in Österreich fühlt sich der Europäischen Union verbunden (54 %, +7 Pp.), im EU27-Schnitt sind es 59 % (+1 Pp.). Europa insgesamt fühlen sich etwas mehr als zwei Drittel der Menschen in Österreich verbunden (68 %, +2 Pp.) und damit ca. genauso viele wie im EU27-Schnitt (66 %, +/-0 Pp.). 72 % empfinden sich in Österreich als Bürgerin oder Bürger der EU (+3 Pp.) (EU27: 72 %, +/-0 Pp.). Dass die Menschen in der EU vieles gemeinsam haben, finden 62 % (+4 Pp.) (EU27: 63 %, +2 Pp.).

D78. Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor? (%)



ST100 Okt/Nov 2023

● Gesamt 'Positiv' ● Weder positiv noch negativ ● Gesamt 'Negativ' ● Weiß nicht/Keine Angabe

## Einschätzung der EU und der Mitgliedschaft

Auf EU-Ebene sehen die Menschen in Österreich mehrere Dinge als dringlich an, wobei die aktuelle Inflation nicht den ersten Platz einnimmt. Die aktuelle internationale Situation ist für 25 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich und 24 % (-1 Pp.) der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die wichtigste Herausforderung für die EU. Ebenfalls 25 % der Menschen in Österreich und 28 % im EU27-Schnitt bezeichnen in diesem Zusammenhang den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als oberste Priorität der EU. Neben der internationalen Situation sehen 25 % (+2 Pp.) der Menschen in Österreich und 28 % (+4 Pp.) in der EU auch das Thema „Einwanderung“ ganz oben auf der EU-Prioritätenliste. Demgegenüber die die Relevanz des Themas „Umwelt und Klimawandel“ seit Juni 2023 gesunken: 22 % der Menschen in Österreich (-10 Pp.) und 16 % im EU27-Schnitt (-6 Pp.) sehen die Bekämpfung der Klimakrise als wichtigste Priorität auf EU-Ebene. Die steigenden Preise werden von 20 % der Befragten in Österreich (-7 Pp.) und ebenfalls 20 % (-7 Pp.) im EU27-Schnitt als wichtige Herausforderung auf EU-Ebene eingeschätzt.

Am 9. Juni 2024 findet die nächste Europawahl statt. Dass die Dinge in der EU derzeit in die richtige Richtung gehen, finden 32 % der Menschen in Österreich (+1 Pp.) und 33 % im EU27-Schnitt (-3 Pp.). Dass die Dinge in der EU sich hingegen in eine falsche Richtung entwickeln, denken 48 % der Österreicherinnen und Österreicher (-3 Pp.) und 51 % in Europa (+3 Pp.).

Mit der Demokratie in der EU sind 50 % (+/-0 Pp.) der Menschen in Österreich zufrieden (EU27: 54 %, -2 Pp.). Dass ihre Stimme in der EU zählt, glauben 57 % (+6 Pp.) der Befragten in Österreich (EU27: 43 %, +1 Pp.).

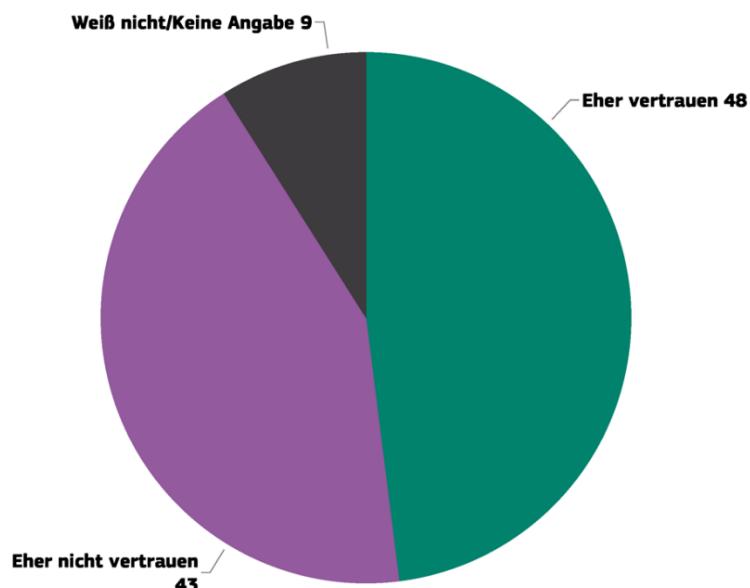
58 % (+5 Pp.) der Befragten in Österreich haben das Gefühl, dass die Interessen Österreichs innerhalb der EU berücksichtigt werden. Im EU27-Schnitt glauben das 59 % (+1 Pp.) für ihr jeweiliges Land.

Dass ein Austritt aus der EU für Österreich positive Folgen hätte, meinen 34 % der Menschen in Österreich (+/-0 Pp.). 56 % (-1 Pp.) hingegen denken nicht, dass Österreich seine Zukunft außerhalb der EU besser bestreiten könnte. Im EU27-Schnitt glauben 28 % (-2 Pp.), dass ihr Land seine Zukunft ohne die EU besser meistern würde.

63 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich sagen, sie verstehen, wie die EU funktioniert. Auch im EU27-Schnitt sagen 63% (+/-0 Pp.) der Befragten, dass sie die Funktionsweise der EU verstehen. Dennoch wissen nur 39 % (+2 Pp.) der Menschen in Österreich, dass der Euro die offizielle Währung von 20 der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union ist (EU27: 40 %, +1 Pp.). 59 % der Menschen in Österreich sind darüber informiert, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten gewählt werden (EU27: 65 %, +2 Pp.).

Dem Europäischen Parlament vertrauen in Österreich knapp neun Monate vor der nächsten Europawahl 48 % (+4 Pp.; EU27: 49 %, -1 Pp.), der Europäischen Kommission 46 % (+1 Pp.; EU27: 46 %, -1 Pp.), der Europäischen Zentralbank 46 % (+4 Pp.; EU27: 45 %, -1 Pp.) und dem Rat der Europäischen Union 41 % (+3 Pp.; EU27: 43 %, -2 Pp.).

QA10.1. Bitte geben Sie an, ob Sie diesen europäischen Institutionen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.: Dem Europäischen Parlament (AT) (%)



## Zukunft der EU und Information

57 % der Menschen in Österreich (+3 Pp.) blicken optimistisch in die Zukunft der EU (+/-0 Pp.). Umgekehrt sehen 38 % (-2 Pp.) die Zukunft der EU pessimistisch. Im EU27-Schnitt sind 61 % (-2 Pp.) optimistisch und 35 % (+1 Pp.) pessimistisch, was die Zukunft der EU angeht.

57 % der Befragten in Österreich (+1 Pp.) und 53 % im EU27-Schnitt (-2 Pp.) halten den Aufbauplan der Europäischen Union in Höhe von bis zu 800 Milliarden Euro („NextGenerationEU“) für eine wirkungsvolle Maßnahme zur Unterstützung der Wirtschaft.

Die meisten EU-Strategien finden – steigende – Zustimmung in der österreichischen Bevölkerung: Eine gemeinsame Außenpolitik der EU befürworten 62 % (+3 Pp.) (EU27: 69 %, -1 Pp.), eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik 63 % (+7 Pp.) (EU27: 77%, +/-0 Pp.), eine gemeinsame EU-Handelspolitik 68 % (+4 Pp.) (EU27: 72 %, -1 Pp.). Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik begrüßen 50 % (+1 Pp.) der Menschen in Österreich (EU27: 69 %, -1 Pp.), eine gemeinsame EU-Energiepolitik 62 % (+3 Pp.) (EU27: 73 %, +/-0 Pp.). Die Freizügigkeit der EU-Bürger, die überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen können, findet bei 70 % der Menschen in Österreich Zustimmung (-3 Pp.) (EU27: 84 %, -1 Pp.). Mehr gemeinsame Ansätze bei der Gesundheitspolitik fänden 51 % (+/-0 Pp.) gut (EU27: 65 %, -1 Pp.).

Im Hinblick auf künftige EU-Erweiterungen herrscht in Österreich indes mehr Skepsis als in anderen Ländern: 30 % (+1 Pp.) befürworten weitere EU-Beitritte, 59 % lehnen sie hingegen ab (-1 Pp.). Im EU27-Schnitt sprechen sich 51 % (-2 Pp.) für zusätzliche Erweiterungen der EU aus.

55 % (+5 Pp.) der Befragten in Österreich fühlen sich rund 9 Monate vor der nächsten Europawahl gut informiert über europäische Angelegenheiten, 43 % (-6 Pp.) fühlen sich hingegen noch nicht gut informiert. Im EU27-Schnitt glauben 46 % (+3 Pp.), dass sie gut informiert sind. Gefragt, welche Kanäle sie nutzen, wenn sie sich über die EU informieren möchten, nennen 56 % (+7 Pp.) der Österreicherinnen und Österreicher zunächst klassische Nachrichtenkanäle (Fernsehen, Radio, Print) (EU27: 52 %, +/-0 Pp.). Daneben sind auch noch Onlinenachrichten (36 %, +4 Pp.; EU27: 31 %, +1 Pp.) und Diskussionen im Freundeskreis (35 %, -1 Pp.; EU27: 29 %, +/-0 Pp.) wichtige Informationskanäle für Menschen, die mehr über europäische Angelegenheiten wissen möchten.

